

freising frontal

DIE LINKE Zeitung des Kreisverbandes Freising

Februar 2012

OB-Kandidat Daniel Wilke stellt sich vor

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

mein Name ist Daniel Wilke, ich bin 25 Jahre jung, geboren in Berlin und seit einigen Jahren sesshaft in Freising.

Sie werden sich wahrscheinlich wundern, warum ein „Zugereister“ sich für das Amt des Oberbürgermeisters bewirbt. Dazu ist es wichtig zu verstehen, dass Freising eine Stadt mit hoher Wanderungsbewegung ist, charakteristisch sind enorme Zu- und Fortzüglerzahlen. Die meisten Menschen, die hier leben, stammen aus anderen Bundesländern oder aus dem Ausland.

Mich selbst führte die Suche nach einer sympathischen Kleinstadt mit eigener Identität nach Freising, ich wollte raus aus der anonymen, hektischen, lauten und stressigen Großstadt.

Mein Engagement bei der Freisinger LINKEN erklärt sich auch durch meinen Werdegang:

Als Kind einer unteren Mittelstandsfamilie geboren, in der die Frauen einfache Postangestellte und die Männer Handwerker sind, war es nicht



Daniel Wilke

leicht, den Weg über das Abitur bis zum Hochschulstudium zu gehen. Oft mangelte es an finanzieller Ausstattung und an familiärer Unterstützung oder prekäre Arbeitsbedingungen

sorgten für so manche Schieflage. Vor allem aber sind es gesellschaftliche Schranken, die mir wie auch anderen Menschen aus bescheidenen oder ärmeren Verhältnissen das Leben unnötig verkomplizieren.

Dies zeigt sich auch bei meinem Studium der Politikwissenschaft in München. Die Vorteile von Mitstudenten aus begüterten Familien liegen auf der Hand. Die Einen müssen, wie auch ich selbst, neben dem Studium einen oder zwei Jobs ausüben, weil Bafög und Studienkredite nicht ausreichen, um sich einen normalen Lebensstandard zu sichern und auch noch die hohen Studiengebühren bezahlen zu können. Die Anderen haben dies nicht nötig und können sich ganz und gar auf das Studium konzentrieren. Die soziale Selektion in Deutschland lässt grüßen.

WILKE WÄHLEN!!

www.wilkedaniel.wordpress.com

WILKE WÄHLEN!!

www.wilkedaniel.wordpress.com

Durch die Herkunft und die Ereignisse im Laufe der Jahre geprägt, kam es für mich nie in Frage, zu den Schwarzen, den Liberalen oder gar den Öko-Liberalen namens Bündnis 90/Die Grünen zu gehen. Politik, die Krieg, Sozialabbau und ausbeuterische sowie unökologische Wirtschaftspolitik betreibt und Profitmaximierung als oberste Maxime ansieht, kann und will ich nicht akzeptieren.

Dass ich Mitglied der Partei DIE LINKE bin und nun für das Amt des Oberbürgermeisters in Freising kandidiere, hat auch etwas mit den Werten zu tun, für die ich eintrete: Freiheit und Gleichheit.

Mit Freiheit meine ich nicht die negative Freiheit, nur die Wahl zwischen diversen Produkten zu haben, sondern die positive Freiheit, am politischen und wirtschaftlichen Geschehen teilzuhaben.

Auf Freising übertragen, bedeutet das mehr Selbstverwaltung, Mitsprache und Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger durch Bürgerversammlungen mit verbindlichen Beschlüssen, ein Jugendparlament, Mitbestimmung in privaten und kommunalen Betrieben sowie kompetente Wissenschafts-, Sozial- und Wirtschaftsbeiräte.

Dabei darf man Gleichheit nicht mit kollektiver Gleichschaltung verwechseln.

Gleichheit bedeutet vor allem Chancengleichheit für Freising. Nötig sind dafür gebührenfreie Kitas, Krippen und Horte, bezahlbarer Wohnraum für Alle, Antirassismus und Antifaschismus, die Einhaltung von Arbeitnehmerrechten sowie der uneingeschränkte Zugang zu Kultur und dem gesellschaftlichen Leben mit Hilfe eines Freising-Passes für sozial Benachteiligte.

Ich mache auch im Wahlkampf keine haltlosen Versprechungen, ich schmiere Ihnen keinen Honig um den Mund. Ganz im Gegenteil, ich beziehe eindeutige Standpunkte. Sie können mich dafür wählen oder auch nicht. Das liegt ganz bei Ihnen.

Für eine neue soziale Idee.

Ihr Oberbürgermeisterkandidat der Freisinger Linken.

Daniel Wilke

“Man sollte nie so viel zu tun haben, dass man zum Nachdenken keine Zeit mehr hat.”

*Georg Christoph Lichtenberg,
Schriftsteller und Physiker (1742-1799)*

DIE LINKE.
KREISVERBAND FREISING

Original sozial.

Freising und der OB-Wahlkampf

kommentiert von Stadtrat Dr. Guido Hoyer

Eine Freisinger Zeitung fragte unseren OB-Kandidaten Daniel Wilke, ob denn nicht der soziale Friede gefährdet sei, wenn die Kunsteisbahn kein Dach bekommt. Der soziale Friede in Gefahr, wenn Freising's Kinder und Jugendliche unter freiem Himmel, vielleicht gar bei Regen und Schnee Schlittschuhlaufen müssen? Wohl der Stadt, die keine anderen Probleme hat!

Ironisch zugespitzt könnte man meinen, mit dem sozialen Frieden scheint es so zu sein: Eine Interessensgruppe erklärt der Stadt den Krieg, indem sie Forderungen aufstellt; die Forderungen werden erfüllt und der soziale Friede ist da.

So erklärt sich dann auch, dass der Verein der Geschäftsleute der Innenstadt (EFI) mit 52 Mitgliedern, also 0,11 % der Freisinger Einwohnerschaft (und nebenbei bemerkt weniger als ein Drittel der Geschäftsleute der Altstadt) von den OB-Kandidaten aller Parteien außer uns derart hofiert wird.

Alle versprechen sie eine vom Steuerzahler zu finanzierende „Innenstadt-Konzeption“ mit niveau-gleichem Ausbau von Straße und Fußwegen, offener Moosach und „City-Manager“ als „Kümmerer“, alle versprechen sie Senkung der Stellplatzablöse-Gebühren, ein Kandidat ist sogar für völlige Abschaffung der Gebühren für Großinvestoren. Nun sind aber Parkmöglichkeiten immer noch Voraussetzung, dass die Kasse in den Geschäften klingelt. Hat der Geschäftsmann keinen Kundenparkplatz, so muss er „ablösen“ - und das macht Sinn, denn die Stadt muss an anderer Stelle die Parkplätze vorhalten und trägt die entstehenden Kosten. Und die Kosten sind nicht unerheblich: 2009 fuhren die städtischen Parkhäuser ein Defizit von 761.000 € ein, 2010 ein Minus von 750.000 €. Trotzdem sind die OB-Kandidaten der anderen Parteien, mit einer Ausnahme, für ein neues Parkhaus an der Karlwirt-Kreuzung. Dieses Parkhaus ist nicht nur ein teures Geschenk an die Geschäftsleute, es macht auch verkehrspolitisch keinen Sinn, solange die anderen Parkhäuser,

ebenfalls am Rand der Altstadt gelegen, nicht ausgelastet sind.

In öffentlich geförderte Wohnungen zu investieren fällt keinem der anderen Kandidaten ein. Dabei wäre dies dringend notwendig. Seit 2003 verringerte sich nämlich der Bestand an Sozialwohnungen in Freising um 607 Wohnungen (2003: 1790 – 2011 1183) und die Wohnungsnot nimmt dramatische Ausmaße an. Gerade mal 24 öffentlich geförderte Wohnungen konnten letztes Jahr an Bewerber aus dem freien Markt neu vergeben werden. „Wegzug bleibt als letzter Ausweg“; titelte das FORUM. Hier kommt meist der Einwand: Warum tut der Landkreis nichts für den sozialen Wohnungsbau? Es stimmt - der Landkreis besitzt mit einigen Gemeinden eine Wohnbau-GmbH, die ihren Namen nicht verdient, da sie schon seit Jahren keine Wohnungen mehr baut. Aber nützt es den Betroffenen, wenn nur mit dem Finger auf jemand gezeigt wird, der es noch schlechter macht? Was ist wichtiger, Wohnungen oder Kunsteisbahn-Dächer?

Aber vielleicht ist es gar nicht Desinteresse, das die OB-Kandidaten bisher verhindert hat, über kommunalen Wohnungsbau zu sprechen. Wir erinnern uns an das Wohnungsbaugutachten, das die Stadt Freising vor einigen Jahren erstellen ließ. Danach waren 67 % der städtischen Wohnungen stark sanierungsbedürftig, 23% waren schlicht abbruchreif. Aktuell können Wohnungen Am Stengerbach, der Oberen Pfalzgrafstraße und an der Asamstraße aufgrund des schlechten Bauzustands nicht mehr vermietet werden.



Vielleicht plant die Stadtratsmehrheit, die mit dem Flughafen Marketing betreibt, ja malerische Ruinen zur Hebung des Fremdenverkehrs? Und da wir schon beim Flughafen sind: Spätestens wenn die dritte Startbahn kommt wäre es nur konsequent, die Vermarktung der städtischen Immobilien an der Klientel auszurichten, die dann noch als Kaufinteressent in Frage kommt: die Tauben und Schwerhörigen.

Die Freisinger LINKE im Stadtrat setzt klare Akzente:

Konsequent verweigern wir jede Erhöhung der Kindergarten-, Hort- und Krippengebühren. Wir bleiben dabei, dass Krippengebühren von monatlich 400 € schlicht ein Skandal sind. Bis heute hat niemand die Frage beantwortet, welche allein erziehende Verkäuferin oder Servicekraft so viel Geld übrig hat, um ihr Kind betreuen zu lassen.

Wir LINKEN forderten, die Pläne der Stadtwerke, sich an einem neu zu bauenden Kohlekraftwerk an der Nordsee zu beteiligen, öffentlich und nicht hinter geschlossenen Türen zu verhandeln. Die Pläne wurden nicht weiterverfolgt.

Wir waren die einzigen im Stadtrat, die die Ungeheuerlichkeit angeprangert haben, dass sich die Heiliggeistspital-Stiftung selbst eine Leiharbeitsfirma gegründet hat, um die Löhne ihrer fest

angestellten Mitarbeiter zu unterbieten. Wir waren die einzigen, die davor warnten, dass der sogenannte Tarifvertrag mit der Schein-Gewerkschaft CGZP auf tönernen Füßen steht, da die Tariffähigkeit der CGZP zu recht angefochten wird. Und wir hatten recht – zum Vorteil der Leiharbeiter der Stiftung: Die CGZP wurde vom Bundesarbeitsgericht als nicht tariffähig eingestuft, das Lohn-dumping der Stiftung musste beendet werden.

Anständig wäre nun gewesen, die ehemaligen Leiharbeiter wie ihre festangestellten Kollegen nach dem Tarifvertrag öffentlicher Dienst zu bezahlen. Doch die Stiftungs-Chefetage entschied anders: Durch einen neuen Tarifvertrag wurden zwar die ehemaligen Leiharbeiter besser gestellt, die ehemals Festangestellten erhielten aber einen schlechteren Tarif.

Wir sind die einzigen im Stadtrat, die diesen faulen Kompromiss ablehnen. Wir fordern ein Zurück zum Tarifvertrag öffentlicher Dienst für alle Beschäftigten der Stiftung!

Die von mir genannten und andere Punkte zeigen: Sozial geht anders! Deshalb empfehle ich am 11. März ein Kreuzerl bei Daniel Wilke – dem OB-Kandidaten der Freisinger LINKEN.

Dr. Guido Hoyer, Stadt- und Kreisrat

Kreisvorsitzender Freisinger LINKE



Flughafen München: Billige Arbeitsplätze auf Kosten von Mensch und Umwelt

Von Eva Bulling-Schröter, MdB

Ein großer Teil des Flughafen-Personals in München lebt mit Dumping-Löhnen. Auch die dritte Startbahn wird auf dem Rücken der Airport-MitarbeiterInnen betrieben werden. Bundesweit wird der ruinöse »Wettbewerb« zwischen den Flughäfen mit Lohnkürzungen und Outsourcing gefördert. Profiteure sind die Flughafenbetreiber. Die AnwohnerInnen um die Flughäfen haben davon nichts. Sofern die Grundstücke nicht direkt in der Lärm belasteten Einflugschneise liegen, machen steigende Immobilien-Preise und Mieten das Leben in Flughafennähe teuer. Viele am Flughafen Beschäftigte können von den Niedrig-Löhnen nicht leben, oft sind aufstockende Leistungen der Arbeitsagentur notwendig.

Im Landtags-Wahlprogramm von 2008 hatte sich die LINKE festgelegt. »Keine dritte Startbahn beim Flughafen München. Die vorhandene Infrastruktur ist für bayerische Verhältnisse mehr als ausreichend - viele Umsteigerverkehre sind schlicht unsinnig oder unnötig. Der Flughafen München muss und darf nicht zum fünften globalen Drehkreuz in Mitteleuropa mutieren.«

Der Planfeststellungsbeschluss zur 3. Startbahn ist ein verkehrspolitischer Schritt ins Gestern. Anstatt in Zeiten des Klimawandels auf neue Mobilitätskonzepte zu setzen, wird in Bayern alles dafür getan, den klimaschädlichen Flugverkehr auszuweiten. Shoppen in Mailand, Kongress in London, Ferien auf Mallorca. Per Airline finden immer mehr Waren ihren Weg in die Supermarktregale - alles auf Kosten von Umwelt und Klima. Acht Prozent von Deutschlands Klimalasten kommen aus Flugzeugturbinen,

Tendenz steigend. Allein der Münchner Flughafen verursacht zehn Prozent des gesamten CO₂-



Die Bundestagsabgeordnete Eva Bulling-Schröter (Zweite von rechts) mit Freisinger Startbahngegnern

Ausstoßes Bayerns. Tausende Familien in der Umgebung von Flughäfen leiden unter extremem Lärm. Jeder Dritte Bundesbürger fühlt sich durch Fluglärm belästigt, oft sind Krankheit und Schlaflosigkeit die direkte Folge.

Billig-Airlines halten sich dank Sparen am Personal und Millionen staatlicher Subventionen am Himmel. Kerosin bleibt weiter steuerfrei und die geringe Ticketabgabe soll ab 2012 reduziert werden. Mit Händen und Füßen stemmt sich die Luftfahrt-Lobby gegen die Aufnahme des Luftverkehrs in Klimaschutz-Verträge. Zwar wird der Luftverkehr ab 2012 in den europäischen Emissionshandel aufgenommen. Die vorgeschriebenen Emissionsobergrenzen sind aber zu lasch und berücksichtigen nicht, dass die Triebwerksabgase in großen Höhen zwischen zwei und vier Mal klimaschädlicher sind als die ausgestoßenen CO₂-Mengen.

Airlines können auch Emissionsrechte zukaufen. Der Luftverkehr kann also weiter wachsen.

»Längst zählt München zu den führenden Luftverkehrsknoten, rangiert europaweit auf Platz 7 und ist in Deutschland unangefochten die Nummer 2«, erklärt stolz die Flughafen München GmbH (FMG). Der Bayerischen Staatsregierung reicht dieser »Flughafen der Spitzenklasse« aber nicht, sie will ganz oben aufs Siebertreppchen. Dazu argumentiert die FMG, es gelte den »Luftverkehrsstandort Deutschland« zu verteidigen. Ja sind wir denn im Krieg?

3,4 Mio. Quadratmeter Heimat würden unter dem Beton der neuen Startbahn verschwinden. Grund und Boden von 9,4 Mio. Quadratmetern frisst der Flughafen-Ausbau, Zwangsenteignungen drohen. Der Freisinger Ortsteil Attaching und kleine Gemeinden werden unbewohnbar, in Maibaumhöhe donnern Flugzeuge über ihre Dächer hinweg. Auch Rosenheim und Landshut werden unter mehr Fluglärm leiden. Eittingermoos

und Schwaigermoos verschwinden gar von der Landkarte.

Die Zahl der Starts und Landungen in München ist seit dem Höchststand von 432.000 (2008) auf 390.000 (2010) zurückgegangen und ist damit unter dem Wert von 2005. Es gibt also keinen Stau auf den Startbahnen. Der Bau einer neuen Startbahn ist überflüssig! Dafür aber teuer, denn er soll eine Milliarde Euro kosten.

Mit den zusätzlichen Baumaßnahmen können daraus leicht zwei bis drei Milliarden werden. Hat die FMG genug Geld, um das Geld aus der Portokasse zu zahlen? Die Bilanzen sind alles andere als rosig: Aus dem Konzernjahresüberschuss von 4 Mio. Euro ist 2010 ein Minus von 2,9 Mio. geworden. Am Ende werden die Airport-Gesellschafter zur Kasse gebeten werden. Bund, Bayern und die Stadt München müssten einspringen. Mittel für Schulen, Kindergärten, Altenheime, Sportstätten, Schwimmbäder, Krankenhäuser, Theater und öffentliche Toiletten würden gestrichen. Auch darum müssen wir das Projekt stoppen!



Freising ist bunt

von Gründungsmitglied Peter Floßmann

Ein beeindruckender Vortrag des überzeugten Antifaschisten und Aktivisten Günter Pierdzig aus Gräfenberg im Frühsommer 2011 hat zur spontanen Gründung des Personenbündnisses „Freising ist bunt“, dem Bündnis gegen Neonazismus und Rassismus, geführt.

Mitglieder der Partei „Die Linke“, Mitglieder der VVN-BdA, Gewerkschaften und engagierte parteilose Bürger Freisings bilden den aktiven Kern des Bündnisses.

Unsere gemeinsame Überzeugung, dass Faschismus keine Meinung und keine Weltanschauung, sondern ein menschenverachtendes Verbrechen ist, wird durch die derzeitige Entwicklung auf dramatische und traurige Weise bestätigt.

Die als politische Partei auftretende NPD, die tatsächlich die Dachorganisation eines gewaltbereiten Netzes eigenständig agierender Kameradschaften und Gruppierungen ist, muss schnellstmöglich verboten werden.

Rechtsterroristische Zellen müssen mit allen Mitteln bekämpft werden, rechtsradikaler Ideologie muss, wo immer in unserer Gesellschaft sie auftritt, mit aller Entschiedenheit begegnet werden.

Mit dem „Aktionsbund Freising“, der im „Freien Netz Süd“ organisiert ist, haben wir eine aktive Neonazigruppierung in unserer Stadt. Grund

genug, dass sich uns in Zukunft noch mehr Mitstreiter anschließen und wir gemeinsam Flagge zeigen gegen den braunen Sumpf.

Die von uns organisierte Mahnwache für die Todesopfer der neonazistischen Anschlagsserie vom 2.12.2011 auf dem Marienplatz mit über 60 Teilnehmern war ein ermutigender Schritt in diese Richtung, den auch die bürgerliche Presse nicht totgeschwiegen hat und der hoffentlich auch von den Mandatsträgern aller Parteien auf kommunaler Ebene beachtet wird.

Die Aktivitäten von „Freising ist bunt“ finden in einer Atmosphäre statt, die von Freundschaft, gegenseitigem Respekt, Vertrauen und Solidarität geprägt ist. Das tut gut in einer Zeit, in der sich Rücksichtslosigkeit, Eigennutz und soziale Kälte immer mehr und immer schneller ausbreiten.

Ein weiterer Grund, bei uns aktiv zu werden, denn

Freising soll noch bunter werden



Die Freisinger LINKE fordert:

KITA-Gebühren abschaffen!

Es ist Jahr für Jahr das Gleiche: Der Freisinger Stadtrat erhöht „moderat“ die Kindergarten- und Hortgebühren. Diese „moderaten“ Erhöhungen summieren sich aber zu einer immer unerträglicher werdenden Mehrbelastung für die Freisinger Familien.

Kostete ein Ganztagesplatz im Kindergarten 2003 noch 94,30 €, lag der Höchstsatz 2011 schon bei 123 € (jeweils für das erste Kind). Dies bedeutet eine Gebührensteigerung von 30 Prozent innerhalb von acht Jahren. 2003 kostete die 6-Stunden Gruppe 87,50 €, im Moment haben die Eltern 108 € zu bezahlen, die Steigerung beträgt 23 Prozent. Um dieselben Prozentsätze stiegen auch die Hortgebühren. Demgegenüber ist das Durchschnittseinkommen der privaten Haushalte in Deutschland im gleichen Zeitraum nahezu unverändert geblieben.

Seit Jahren erklären uns die Sprecher von CDU/CSU/SPD/FDP/GRÜNE, wie wichtig die Förderung und finanzielle Entlastung von Familien mit Kindern für die Zukunft unseres Landes sei, in Sonntagsreden wird die Gebührenfreiheit der Kindertagesstätten als Fernziel proklamiert.

Wenn es aber um die praktische Umsetzung in den Städten und Gemeinden geht, versagen die Politiker der etablierten Parteien.

Es ist höchste Zeit, die Kindergarten- und Hortgebühren abzuschaffen und den Freisinger Familien den kostenlosen Besuch der Kindertagesstätten zu ermöglichen.

Im städtischen Haushalt für 2012 sind die Einnahmen aus Kindertagesstätten mit etwa 2,7 Millionen € veranschlagt. Bei einem Gesamtvolumen des Haushalts von 118 Millionen € entspricht dies knappen 2,5 %. Durch eine Streichung der Gebühren würde also Freising nicht bankrott gehen.

Um den Ausfall dieser Einnahmen dennoch besser bewältigen zu können, schlägt die Freisinger LINKE vor, einen Stufenplan zur jährlichen Senkung der Gebühren zu beschließen. In fünf Jahren muss dann die Kostenfreiheit erreicht sein.

Albert Schindlbeck

DIE LINKE.